



Info-Post

21. Februar 2014

Ausgabe 2/2014

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

seitdem klar ist, dass ich mich politisch hauptsächlich um die Themen Mittelstand, Handwerk und Handel kümmern werde, bin ich damit beschäftigt, die Interessen von den verschiedenen Verbänden noch besser kennenzulernen. In vielen persönlichen Gesprächen mache ich mir ein Bild davon, wo die Probleme und Wünsche des Mittelstands aktuell liegen, und ob diese mit unseren sozialdemokratischen Ansätzen überein zu bringen sind.

Im Bundestag war vor allem die erste Sitzungswoche im Februar geprägt von kontroversen Themen. Sowohl über das Gesetz zur Reform der Abgeordnetendiäten als auch über das Thema Genmais wurde viel geschrieben und diskutiert (zur Abgeordnetendiät gibt es im Nachgang mehr).

Beim Thema Genmais ist die SPD-Fraktion klar gegen die Einfuhr. Da die CDU aber eine andere Meinung vertritt und es nicht gelungen ist, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen, musste sich die Bundesregierung bei der Abstimmung zur Genmais-Zulassung auf EU-Ebene enthalten. Die Zustimmung der EU-Kommission hätten wir leider ohnehin nicht verhindern können. Wir versuchen jedoch, eine Aussaat von Genmais in Deutschland durch eine nationale Regelung zu vermeiden.

Und dann gab es natürlich noch die Affäre um Sebastian Edathy, die den politischen Betrieb in Berlin überschattet hat. Bekanntlich musste deswegen auch der Landwirtschaftsminister Hans-Peter-Friedrich zurücktreten. Versuche aus Reihen der CSU, sozusagen als „politischen Ausgleich“ Spitzen aus unserer Fraktion zum Rücktritt zu bewegen, haben wir jedoch abgewehrt. Auch inhaltliche Positionen werden wir nicht aufgeben. Denn die Spitze unserer Partei und Fraktion hat sich in dem Fall rechtlich korrekt verhalten. Trotzdem ist Aufklärung in dem Fall bzw. in der Form der Ermittlung notwendig. Zudem prüft unser Justizminister Heiko Maas, ob der Handel mit Nacktfotos von Kindern verboten werden kann.

Regierungserklärung von Sigmar Gabriel zum Jahreswirtschaftsbericht

In der ersten Sitzungswoche hat unser Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Rahmen einer Regierungserklärung den Jahreswirtschaftsbericht für 2014 vorgestellt. Dabei ging es vor allem um die Entwürfe und Pläne der Wirtschafts- und Industriepolitik der Bundesregierung. Diese

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

trägt ganz eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift; auf Basis der guten wirtschaftlichen Entwicklung können jetzt neue Impulse für Investitionen und Innovationen erfolgen. Das Bruttoinlandsprodukt und auch die Erwerbstätigenrate sollen steigen. Doch Sigmar hat auch deutlich gemacht, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Wir müssen eine Antwort auf den Fachkräftemangel finden, Neugründungen wieder attraktiver gestalten und vor allem ein besseres Investitionsklima schaffen. Da kann ich ihm nur zustimmen! Wir haben nun die große Chance, mit sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik Deutschland zu gestalten.

Gesetz zum Verbot der Abgeordnetenbestechung

Heute haben wir das Gesetz zum Verbot der Abgeordnetenbestechung beschlossen. In Deutschland ist die Bestechung und Bestechlichkeit von Abgeordneten bisher nur im Zusammenhang mit Wahlen strafbar. Daher ist eine neue Regelung längst überfällig. Demnächst sollen „korruptive“ Verhaltensweisen von und gegenüber Mandatsträgern generell strafbar sein. Nun können wir auch endlich die Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption umsetzen und international ein besseres Bild abgeben.

Im gleichen Verfahren haben wir das Gesetz zur Reform der Abgeordnetenentschädigung verabschiedet, das eine Erhöhung der Bezüge und eine Minderung der Rente sowie einen späteren Eintritt in den Ruhestand vorsieht. Dieser Vorschlag kommt von einer unabhängigen Kommission, die der Bundestag in der letzten Legislaturperiode mit der Überprüfung der Bezüge beauftragt hat. Sie schlägt eine Erhöhung vor, die die Bezüge der Abgeordneten mit denen eines Bundesrichters bzw. Bürgermeisters einer mittleren Großstadt gleichsetzt. Anschließend sollen sich die Diäten an der durchschnittlichen Lohnentwicklung der Bevölkerung orientieren. Damit wird einer ständig neuen Diskussion und dem Vorwurf der willkürlichen Bereicherung vorgebeugt.

Intensivierung der Wirtschaftsförderung

In der vergangenen Woche haben wir zudem das „ERP-Wirtschaftsplangesetz“ verabschiedet. Hinter diesem sperrigen Wortkonstrukt verbergen sich ganz konkrete Förderungsmaßnahmen für die Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand. Aus Rückzahlungen, die für Finanzhilfen des Marshallplanes zu leisten waren, hat der Bund ein Sondervermögen angelegt. Jährlich fließen aus dem erwirtschafteten Ertrag dieses Vermögens Gelder in die Wirtschaftsförderung. Dieses Jahr werden Mittel in Höhe von 793 Mio. Euro bereitgestellt. Im Endeffekt stellen wir damit ein Kreditvolumen von 6,17 Mrd. Euro für die Wirtschaft zur Verfügung, welches von der KfW-Bankengruppe vergeben wird.

Debatte über Selbstanzeige bei der Steuerhinterziehung

Die Themen Steuerhinterziehung und die Möglichkeit zur strafbefreienden Selbstanzeige sind im Februar auch aufgrund neuer prominenter Fälle wieder aktuell geworden. Zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung wollen wir eine rasche Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten automatischen Informationsaustausches insbesondere auch mit der Schweiz. Schweizer Banken sollen den deutschen Steuerbehörden regelmäßig und ohne Aufforderung Kontrollmitteilungen über sämtliche Kapitalerträge

zukommen lassen. Auch die strafbefreiende Selbstanzeige muss debattiert werden. Meine Meinung zu diesem Thema ist klar: Die aktuelle Regelung ist nicht gerecht, da sie von zu vielen als Einladung zur Steuerhinterziehung gesehen wird. Leider ist mit der Union eine komplette Abschaffung der Regelung nicht zu machen. Wir wollen uns jedoch für eine deutliche Verschärfung der Regelung einsetzen.

Untersuchungsausschuss soll NSA-Affäre klären

Manche aus der Union haben die NSA-Affäre bereits voreilig für beendet erklärt. Dem ist jedoch mitnichten so! Die Meldungen über die Abhöraktionen der Bundeskanzlerin und ihres Vorgängers Gerhard Schröders haben nochmals gezeigt: Die Affäre um Überwachung und Bespitzelung bedarf endlich einer umfassenden Aufklärung. Die Koalition hat daher in der ersten Sitzungswoche einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt.

Neustart in der Außenpolitik

Wie kraftvoll wir in die Regierung gestartet sind, zeigt sich nicht zuletzt in der Außenpolitik. Frank-Walter Steinmeier hat angekündigt, dass er der deutschen Außenpolitik wieder mehr politisches Gewicht geben will. Es gilt nach außen hin, wieder politisch aktiver zu werden und zusammen mit den europäischen Partnern neue außenpolitische Initiativen abzustimmen. Was das ganz konkret heißen kann, hat Frank-Walter bereits unterlegt: Auf seine Initiative werden Reststoffe syrischer Chemiewaffen nun in deutschen Anlagen vernichtet. Wir wollen Impulsgeber für eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein. Das bedeutet nicht zwangsläufig den Einsatz von deutschen Soldaten in Kriegsgebiete. Im Gegenteil: Mit den derzeitigen Beschlüssen haben wir mehr Bundeswehrsoldaten abberufen als neue in Krisengebieten eingesetzt.

Ausbau der Minderheitenrechte im Bundestag

Die Demokratie braucht eine starke und handlungsfähige Opposition. Nach dem Wahlergebnis haben Linke und Grüne jedoch zusammen nicht genügend Stimmen, um beispielsweise einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Um die Mitwirkungsrechte der Opposition sicherzustellen, haben wir in der ersten Sitzungswoche einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung eingebracht und beraten. Der Antrag sieht vor, die Hürden für die Opposition herunterzusetzen.

Soweit das Neueste aus dem Parlament! Nachdem ich jetzt zwei Wochen in Berlin gewirkt habe, sehen wir uns in den nächsten zwei Wochen eventuell in Dortmund.

Eure

Sabine